

Der Brunnerbrief

Sonderausgabe vom 26. Mai 2017

Verantwortung schafft Vertrauen –

Überlegungen zur Debatte mutmaßlicher rechter Tendenzen
sowie dem Selbstverständnis und der Führungskultur in der Bundeswehr

Jonas Heim und Karl-Heinz Brunner



Soldaten der Bundeswehr während des Feierlichen Gelöbnisses vor dem Deutschen Bundestag
(Quelle: Bundeswehr)

Die Ereignisse um den wegen Terrorismusverdachts inhaftierten Bundeswehrsoldaten, der möglicherweise Kopf einer rechtsextremen Gruppierung ist, der mindestens ein weiterer Angehöriger der Bundeswehr zuzurechnen ist, lösten jüngst eine gewaltige politische und gesellschaftliche Debatte über etwaige rechtsextreme Tendenzen in unseren Streitkräften aus.

Die im Rahmen der anschließenden Nachforschungen entdeckten Wehrmachtsdevotionalien in Kasernen sowie auch die Beschwerden über entwürdigende Aufnahme- und Ausbildungspraktiken am Ausbildungszentrum Spezielle Operationen der Bundeswehr in Pfullendorf haben, verbunden mit dem Fall Franco A., zudem die Frage nach der Führungskultur

und dem Selbstverständnis innerhalb der Bundeswehr in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt. Hierbei gilt ein grundsätzlicher Punkt vorneweg zu nehmen, bei dem kein Zweifel besteht: Rechtsextremistisches Gedankengut und danach ausgerichtetes Handeln darf in der Bundeswehr keinen Platz haben, genauso wenig wie in der Gesamtgesellschaft der Bundesrepublik.

In diesem Zusammenhang wird oft argumentiert, dass Uniformen, Waffen, Hierarchien, Befehl und Gehorsam, also die klassischen Merkmale einer Armee, rechtsorientierte Bewerber anziehen. Auszuschließen ist es nie, jedoch ein Generalverdacht hinsichtlich möglicher rechter Strukturen innerhalb der Truppe ist die falsche Schlussfolgerung. Denn die aktuellen Statistiken bezüglich rechtsgerichteter Vergehen und Straftaten innerhalb der Bundeswehr verglichen mit den gesamtgesellschaftlichen Zahlen in Deutschland können diese Feststellung nicht nachhaltig stützen. Einen Fokus auf die Führungskultur und das Selbstverständnis innerhalb der Bundeswehr zu legen, ist jedoch unbedingt notwendig. Denn man muss an die Bundeswehr als Verfassungs- und Sicherheitsorgan generell höhere Ansprüche stellen.

Nach wie vor bildet die so genannte „Innere Führung“ die Grundlage für den militärischen Dienst und das Selbstverständnis der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr. Das darin beinhaltetete Leitbild vom „Staatsbürger in Uniform“ muss gewährleisten, dass die Bundeswehr in der Mitte der Gesellschaft bleibt und es keine wesentlichen gesellschaftlichen Unterschiede zu ihrem zivilen Umfeld gibt. Als Antwort auf den Missbrauch des Militärs durch das verbrecherische Regime der Nationalsozialisten setzt die „Innere Führung“ zudem ganz klare Grenzen von „Be-

fehl und Gehorsam“: Befehle, die die Menschenwürde verletzen oder durch deren Befolgen eine Straftat begangen würde, dürfen von Soldatinnen und Soldaten nicht befolgt werden, sonst machen sie sich selbst strafbar. Somit ist jegliches militärische Handeln auf seine ethische, rechtliche und politische Legitimation hin zu überprüfen. Dies gilt vor allem im Einsatz bezüglich Anwendung konkreter militärischer Gewalt, aber auch für die Führung von Menschen und den richtigen im Umgang miteinander, z. B. innerhalb militärischer Ausbildung oder dem Pflegen militärischer Traditionen. Die „Innere Führung“ bricht hier sehr deutlich mit der kollektivistisch orientierten Ideologie der Wehrmacht und setzt das Menschenbild unseres Grundgesetzes als verbindliche Vorgabe für den Soldaten.

Mündige, kritisch denkende Soldatinnen und Soldaten, die mit beiden Beinen fest auf dem Boden der freiheitlichen-demokratischen Grundordnung unseres Grundgesetzes stehen, bilden somit die essentielle Grundlage, die „Innere Führung“ zu gewährleisten. Doch dürfen wir eines nicht vergessen: Soldatinnen und Soldaten bewältigen in Zeiten der Auslandseinsätze Extremsituation und müssen im Ernstfall gar tödliche Gewalt ausüben.

Stichwort „Innere Führung“

Beim politischen Neuaufbau Deutschlands nach dem zweiten Weltkrieg galt es, aus der Vergangenheit zu lernen. Mit Art. 1. Abs. 1 des Grundgesetzes wurde als Antwort auf die jüngste Geschichte die neue Richtung vorgegeben. Der Mensch als Individuum sollte im Mittelpunkt allen staatlichen Handelns stehen. Ziel der „Inneren Führung“ ist es, das Menschenbild unseres Grundgesetzes auch für den Soldaten als verbindliche Vorgabe zu machen, als:

- Gestaltungsprinzip für die innere Ordnung der Streitkräfte und Beziehungen zwischen Bundeswehr, Staat und Gesellschaft,
- Normenlehre für das Verhalten der Soldaten untereinander.



Die Innere Führung enthält ebenso konkrete Forderungen an das Führungsverhalten der militärischen Vorgesetzten.

Die Grundsätze, aus denen Soldatinnen und Soldaten Sicherheit für ihr Handeln ableiten sollen, finden in folgenden Kriterien ihre konkrete Ausprägung:

- Integration in Staat und Gesellschaft,
- Leitbild vom „Staatsbürger in Uniform“,
- Ethische, rechtliche und politische Legitimation des Auftrages,
- Verwirklichung wesentlicher staatlicher und gesellschaftlicher Werte in den Streitkräften,
- Grenzen für „Befehl und Gehorsam“
- Anwendung des Prinzips „Führen mit Auftrag“,
- Wahrnehmung der gesetzlich festgelegten Beteiligungsrechte der Soldatinnen und Soldaten, sowie
- Wahrnehmung des im Grundgesetz garantierten Koalitionsrechts (vgl. Deutscher Bundeswehrverband).

Gemeinschaftsfördernde Rituale wie Anreden, das Tragen von Uniformen und gleicher Ausrüstung, Pflegen von sinnstiftenden Traditionen erhöhen natürlich die Motivation und geben nötige Sicherheit und Orientierung. Die Bundeswehr ist eben kein Arbeitgeber wie jeder andere, sondern eine Armee. Dennoch pflegen die Angehörigen der Bundeswehr einen vielfältigen Umgang mit dem zivilen Umfeld, allein schon innerhalb ihrer Familien, in Mitten ihres sozialen Umfelds oder beim Engagement in Vereinen. Auch die hitzig geführte Debatte zwischen Willkommenskultur und Abschottung innerhalb der angespannten Flüchtlingssituation in Europa ging freilich nicht an den Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr vorbei. Die Bundeswehr ist somit durchaus ein Spiegelbild der Gesellschaft, aber auch mit deutlich erkennbaren, dem militärischen Auftrag gerecht werdenden, Unterschieden.

Die Bundeswehr unter Generalverdacht als Hort rechtsradikaler Waffennarren zu stellen, ist deshalb unangemessen, pauschale Kritik und das Durchsuchen aller Kasernen der falsche Ansatzpunkt. Zur

„Inneren Führung“ gehört gerade gegenseitiges Vertrauen. Denn die Bundeswehr mit ihren 250.000 militärischen und zivilen Angehörigen muss fester Bestandteil des Staates und dessen Gesellschaft sein. Gerade in Zeiten wachsender internationaler Unsicherheit. Gegenseitiges Vertrauen bildet sozusagen den Kitt der diese Verbindung trägt. Vertrauen erfordert aber auch die Übernahme von Verantwortung und zwar auf allen Ebenen: Bundeswehr, Staat und Gesellschaft. Zum einen muss eine erhöhte Sensibilität gegenüber rechtsgerichteten Tendenzen und die Bereitschaft aller militärischen Vorgesetzten, diesen entschieden entgegenzuwirken, erwartet werden – und zwar nicht nur vor dem Hintergrund der oben beschriebenen Ereignisse, sondern jederzeit gemäß des Leitbildes vom Staatsbürger in Uniform. Vorgesetzte müssen die Werte und Normen unseres Grundgesetzes vorleben, um ihren unterstellten Soldatinnen und Soldaten eine unmissverständliche Orientierung bezüglich militärischen und gesellschaftlichen zu bieten. Vor allem geht es hier um politische Bildung, Fürsorge und Betreuung.

Das „Primat der Politik“ verpflichtet aber auch insbesondere die politischen Entscheidungsträger zur Übernahme von Verantwortung. Nun mit ausgestreckten Finger auf die Truppe zu zeigen, zerstört jegliches Vertrauen der Soldatinnen und Soldaten in ihre politische Führung. Sind es nicht sie, die unsere Soldatinnen und Soldaten letztendlich in die Einsätze schicken, verbunden mit zahlreichen Entbehren bis hin zu Gefahr für Leib und Leben für den Einzelnen? Unter öffentlichen Zweifeln leiden Motivation und Haltung der Truppe. Das Ergebnis wäre also mehr als kontraproduktiv.



Doch auch als Bürgerinnen und Bürger unseres Landes dürfen wir uns nicht unserer Verantwortung entziehen. In unseren Gesellschaften wachsen Bewegungen heran, die die liberale Demokratie bezweifeln. Dies ist eine Herausforderung für uns alle. Demokratie ist nicht selbstverständlich. Wir brauchen Mut öffentlich für sie einzustehen. Wir brauchen eine wirksame Prävention, so dass Menschen gar nicht erst in den Bann von Extremisten gleich welcher Couleur geraten. Und diese beginnt in dem Bewusstsein eines jeden einzelnen mündigen Staatsbürgers, egal ob in Uniform oder nicht.



Hauptmann Jonas Heim absolviert gerade im Berliner Bundestagsbüro von Karl-Heinz Brunner ein Praktikum.

Als Jugendoffizier und Referent für Sicherheitspolitik nimmt er im Regierungsbezirk Unterfranken zu militärischen und sicherheitspolitischen Fragen im Rahmen der Informationsarbeit der Bundeswehr in der Öffentlichkeit Stellung. Dabei hält er u.a. Vorträge und Seminare zu Themen der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, Auslandseinsätze der Bundeswehr sowie Einbindung Deutschlands in Bündnisse kollektiver Sicherheit wie UNO und NATO.

Jonas Heim hat an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg Wirtschaftsingenieurwesen studiert und durchlief Führungsverwendungen in der Bundeswehr als Zugführer und stellvertretender Kompaniechef im Logistikkbataillon 467 aus Volkach am Main.

Meinung & Kontakt

Über Lob, Kritik und Anmerkungen freue ich mich! Du kannst mich per E-Mail unter karl-heinz.brunner@bundestag.de oder per Post unter der Adresse

Karl-Heinz Brunner MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

erreichen. Die Türen meiner Wahlkreisbüros in Neu-Ulm und Kempten stehen zudem jederzeit offen.



www.facebook.com/Brunner.SPD